

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Samuel Salzborn

Rechtsextremismus

Erscheinungsformen und Erklärungsansätze

4. Auflage



Nomos

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

**Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft
an Universitäten und Hochschulen**

Wissenschaftlich fundiert und in verständlicher Sprache führen die Bände der Reihe in die zentralen Forschungsgebiete, Theorien und Methoden der Politikwissenschaft ein und vermitteln die für angehende WissenschaftlerInnen grundlegenden Studieninhalte. Die konsequente Problemorientierung und die didaktische Aufbereitung der einzelnen Kapitel erleichtern den Zugriff auf die fachlichen Inhalte. Bestens geeignet zur Prüfungsvorbereitung u.a. durch Zusammenfassungen, Wissens- und Verständnisfragen sowie Schaubilder und thematische Querweise.

Samuel Salzborn

Rechtsextremismus

Erscheinungsformen und Erklärungsansätze

4., aktualisierte und erweiterte Auflage



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6759-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-0831-9 (ePDF)

4. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Einleitung	7
I. Was ist Rechtsextremismus?	11
1. Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus? Begriffsverständnisse in der Diskussion	13
2. Elemente rechtsextremer Weltanschauung	19
II. Erscheinungsformen	31
3. Geschichte der extremen Rechten: Deutschland im europäischen Kontext	31
4. Parteien	39
5. Exkurs: Die rechtsextreme Parteienfamilie in Europa	46
6. Neonazismus, militante Organisationen und Rechtsterrorismus	58
7. Medien und Kommunikation: Presse, Internet, Musik	66
8. „Neue“ und intellektuelle Rechte	75
9. Öffentlichkeit und Alltag	86
10. Exkurs: Kampagnenpolitik im Rechtsextremismus der Gegenwart	92
III. Erklärungsansätze	101
11. „Normale Pathologie“	104
12. Extremismus und Totalitarismus	108
13. Tradition, politische Kultur und Extremismus der Mitte	114
14. Autoritarismus, Sozialisation und Geschlecht	120
15. Deprivation, soziale Bewegung und (Jugend-)Protest	126
16. Modernisierung, Desintegration und Individualisierung	133
IV. Präventions- und Interventionsmöglichkeiten	141
Literatur	153
Stichwortverzeichnis	181

Weiterführende Literatur

Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012.

Anton Maegerle: Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten, Braunschweig 2005.

Heribert Schiedel: Extreme Rechte in Europa, Wien 2011.

4. Parteien

In der unmittelbaren Nachkriegszeit fokussierten die Bestrebungen der Altnazis in der Bundesrepublik darauf, ihrer Strafverfolgung zu entgehen oder unter Annahme von Deckidentitäten bzw. in der Hoffnung, dass ihre Vergangenheit nicht ermittelt oder zumindest nicht als Problem angesehen wird, im politischen, medialen und ökonomischen Bereich weiter zu agieren, auch und gerade in Parteien, die nicht dem rechtsextremen, sondern dem konservativen bzw. liberalen Spektrum zuzuordnen waren (vgl. Ionescu/Salzborn 2014). Neben Versuchen der Vertuschung der eigenen NS-Vergangenheit und/oder dem Versuch, durch subtile Integration auf diesem Weg nationalsozialistisches Gedankengut im demokratischen Kontext weiter vertreten zu können, war die dritte Variante des Umgangs mit dem Nationalsozialismus, explizit in an diesen anschließenden Organisationen daran zu arbeiten, die NS-Verbrechen, insbesondere die Shoah zu leugnen, den Nationalsozialismus zu verherrlichen und an einer Wiedererrichtung eines den Nationalsozialismus plagierenden Systems zu arbeiten.

Einen wesentlichen Anteil daran hatten die außerparlamentarischen Organisationen im neonazistischen Spektrum (vgl. Kap. 6), aber auch rechtsextremen Parteien kam von Anfang eine Schlüsselstellung hierbei zu. Während dem ersten Deutschen Bundestag (1949–1953) gleich mehrere, kleine rechtsextreme und rechtskonservative Parteien angehören, an deren Namen man sich heute kaum noch erinnert (Deutsche Partei DP; Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei DKP-DRP; Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung WAV; vgl. Stöss 2013: 581ff.), sind es vor allem zwei Parteien, die die ersten Nachkriegsjahrzehnte im rechten Milieu prägten: die im Oktober 1949 in Hannover gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP) und der im Januar 1950 in Kiel gegründete Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE – später: Gesamtdeutscher Block/BHE). Während die SRP offen an den Nationalsozialismus anschloss (vgl. Büsch/Furth 1957; Hansen 2007), verfolgte der BHE vor allem gebiets- und geschichtsrevisionistische Anliegen, verbunden mit einer innenpolitisch ausgerichteten Entschädigungsrhetorik für die Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten (vgl. Neumann 1968). Beide Organisationen waren, bis hinauf in ihre höchsten Führungsgremien, von hochrangigen Altnazis besetzt und stellten den offensichtlichsten Ausdruck einer direkten Verknüpfung von weltanschaulichen, organisatorischen und zugleich personellen Kontinuitätslinien dar.

Für die SRP, die aufgrund ihrer nationalsozialistischen und antidemokratischen Orientierung 1952 vom Bundesverfassungsgericht als erste Partei in der Geschichte der Bundesrepublik verboten wurde, ist vor allem ihr noch Jahrzehnte später in der rechtsextremen Szene verehrter Mitgründer und stellvertretender Bundesvor-

II. Erscheinungsformen

sitzender Otto Ernst Remer, gegen den 1952 auch eines der wenigen (erfolglosen) Verfahren mit dem Ziel des Entzuges der Grundrechte nach Art. 18 GG vor dem Bundesverfassungsgericht angestrengt wird (dem er sich zunächst durch Flucht nach Ägypten entzieht), zentral, der im Nationalsozialismus bis zur Funktion eines Generalmajors aufstieg und an der Niederschlagung des Anschlags auf Hitler vom 20. Juli 1944 beteiligt war. Bei dem BHE, der aufgrund der erfolgreichen Vertriebenenintegration in der Bundesrepublik und der milliarden schweren Entschädigungszahlungen an die Flüchtlinge, nach und nach an Bedeutung verliert und schließlich Anfang 1961 mit der DP zur Gesamtdeutschen Partei fusioniert, hat eine ähnlich charismatische Funktion Theodor Oberländer, im zweiten Kabinett Adenauer Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Oberländer war bereits am 9. November 1923 mit Hitler zur Feldherrnhalle marschiert und unter anderem Reichsführer des Bundes Deutscher Osten, Gauamtsleiter der NSDAP, SA-Führer und Leiter des Landesverbandes Ostpreußen des Vereins für das Deutschtum im Ausland (vgl. Salzborn 2001: 131ff.). Hochrangige BHE-Politiker wie Linus Kather, der auch an Schlüsselstellungen bei den Vertriebenenverbänden agiert hat, wechseln später auch zur NPD.

Nach dem SRP-Verbot fehlt es in der rechtsextremen Szene an integrativer Kraft, die rechtsextremen Organisationen in den 1950er Jahren orientieren entweder von vornherein nicht auf parteipolitische Aktivitäten oder sind faktisch ohne nennenswerte Einflüsse auf das parlamentarische System. Das ändert sich mit der Parteigründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD) 1964 in Hannover, die von Anfang an das rechtsextreme Spektrum zusammenführen will, so dass sich neben ehemaligen Angehörigen der NSDAP, der Waffen-SS auch vorherige Mitglieder der verbotenen SRP an der Gründung beteiligen (vgl., auch zum Folgenden: Bergsdorf 2007; Hoffmann 1999; Kurth 2011a; Virchow/Dornbusch 2008). Nach erfolgloser Kandidatur bei der Bundestagswahl 1965 zog die NPD in den Folgejahren mit Ergebnissen zwischen 5,8 und 9,8 Prozent in sieben Landtage ein (vgl. Kap. 11), scheiterte aber bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent knapp. Dieser Misserfolg leitete den vorläufigen Niedergang der NPD ein, was durchaus symptomatisch für das rechtsextreme Parteienspektrum ist, in dem entweder Kleinstparteien ohne jede Bedeutung agieren, oder – im Falle von zeitweiligen parlamentarischen Erfolgen – ein punktuelles Scheitern immer sofort zu nachhaltigen Verwerfungen und Konflikten im gesamten rechtsextremen Spektrum führt. So verlor auch die NPD nach und nach alle ihre Landtagsmandate und damit ihre integrative Kraft: Während die einen den Ansatz der NPD für intellektuell zu anspruchlos hielten und – vor allem aus den süddeutschen Landesverbänden – die Aktion Neue Rechte (vgl. Kap. 8) initiierten und nationalrevolutionäre Ansätze verfolgten, war den anderen der Ansatz der NPD zu legalistisch und als systemkonform verpönt, so dass sie sich in Richtung des (militanten) Neonazismus orientierten (vgl. Kap. 6).

Mit der Wahl des Holocaust-Leugners Günter Deckert zum Parteivorsitzenden begann 1991 die Rückorientierung der NPD an das neonazistische Spektrum, wobei vor allem Udo Voigt die Partei wieder für das militante und aktionistische Milieu öffnete. 1996/97 werden entsprechende Unvereinbarkeitsbeschlüsse gekippt, Voigt

betont, dass es mit ihm keine „zweite Entnazifizierung“ innerhalb der NPD geben werde (vgl. Steiner 2012). Seither hofiert die NPD Führungsfiguren von (auch verbotenen) Neonazi-Organisationen, die in den 1990er Jahren in hohe Parteiämter aufsteigen, was letztlich eine Rückorientierung an den Beginn der Parteigeschichte ist (vgl. Botsch/Kopke 2009; Röpke/Speit 2009). Mit ihren parlamentarischen Erfolgen in Ostdeutschland, respektive in Sachsen (2004: 9,2 Prozent; 2009: 5,6 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (2006: 7,3 Prozent) verlagert sich der organisatorische Schwerpunkt der NPD in den Osten, ihre Erfolge feiert sie vor allem in strukturschwachen Regionen, in geografischen Randlagen, die ländlich und kleinstädtisch geprägt sind, in denen die NPD auch zunehmend versucht, als Initiator einer sozialen Bewegung von rechts aktiv zu werden (vgl. Kap. 15) – und dabei auf einen sozialstrukturellen Resonanzboden trifft, der aufgrund der autoritären Traditionen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und der langen Tradierung von rassistischen und antisemitischen Einstellungen aus der ostdeutschen Gesellschaft (vgl. Heitzer u.a. 2018) deutlich günstiger für den Rechtsextremismus und Neonazismus ist als in vielen Regionen Westdeutschlands.

Dass lange Zeit über die juristische Möglichkeit (nicht die politische Sinnhaftigkeit: die ist, mit Blick auf die Diskussion über erfolgreiche Präventions- und Repressionsstrategien, streitbar; vgl. Kap. IV) eines Parteienverbots der NPD diskutiert wurde, hatte weniger mit der aus wissenschaftlicher Perspektive offensichtlich gegebenen Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit der Partei zu tun, sondern mehr mit der Frage der Rolle und des Einflusses von V-Leuten des Verfassungsschutzes in der NPD, wegen deren Aktivitäten auch das erste Verfahren 2003 aus formalen Gründen eingestellt wurde (vgl. Fischer 2001; Leggewie/Meier 2002). Seitdem der Bundesrat im Dezember 2013 einen erneuten NPD-Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hatte, der besonders die hohe programmatische Identität von NPD und NSDAP betonte, zeigten sich in der NPD erhebliche Selbstzerfleischungstendenzen und mehr oder weniger offene Präventivreaktionen auf das drohende (und von vielen für wahrscheinlich gehaltene) Verbot: Diese reichten von persönlichen Diffamierungen innerhalb der Partei, gingen über ein Wechselspiel von Ämterrücktritten und damit verbundenen Neubesetzungen, Austritten oder Umorientierung von Funktionsträgern in Richtung anderer Parteien, wie der bereits 2012 gegründeten neonazistischen Kleinstpartei „Die Rechte“.

Die Jahre der zwischenzeitlichen Erfolglosigkeit der NPD sind zugleich die Jahre, in denen andere rechtsextreme Parteien von sich reden machen (vgl. Butterwegge u.a. 1997; Mecklenburg 1999a; siehe hierzu auch Arzheimer 2008): die Deutsche Volksunion (DVU) und die Republikaner (REP). Die DVU (vgl. Fischer 1999; Holtmann 2002; Linke 1994; Obszerninks/Schmidt 1998), mehr oder weniger das Privatprojekt des Münchner Verlegers Gerhard Frey in Verbindung mit seinem rechtsextremen Zeitungsimperium um die *National-Zeitung*, beginnt 1971 zunächst als Verein und wird erst 1987 als Partei gegründet, erhält durch eine Fusion von Verein und Partei aber schlagartig Mitgliederzuwachs. Nach Erfolgen in Norddeutschland (1991 Bremen: 6,2 Prozent, 1999: 3,0 Prozent, 2003: 2,3 Prozent, 2007: 2,7; 1992 Schleswig-Holstein: 6,3 Prozent) ist auch die DVU vor al-

II. Erscheinungsformen

lem im Osten bei Wahlen erfolgreich (1998 Sachsen-Anhalt: 12,9 Prozent, 1999 Brandenburg: 5,3 Prozent, 2004 Brandenburg: 6,1 Prozent), agiert aber parlamentarisch fast immer dilettantisch und aufgrund ihrer direkten Abhängigkeit von ihrem Vorsitzenden oft ohne jede Bindung an ihre eigene Klientel. Mit dem Rückzug von Frey vom Parteivorsitz 2009 verlor die Partei ihre Orientierung und fusionierte 2010/11 mit der NPD.

Während die DVU für eine Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus und eine glühende Verehrung soldatischer Traditionen in Verbindung mit einem offenen und plumpen Rassismus und Antisemitismus stand, agieren die REP (vgl. Jaschke 1993; Kellershohn 1992), die von abtrünnigen CSU-Politikern und dem Rundfunkjournalisten und ehemaligen SS-Angehörigen Franz Schönhuber in Bayern gegründet werden und ausschließlich in Süddeutschland parlamentarisch erfolgreich sind (Baden-Württemberg 1992: 10,9 Prozent und 1996: 9,1 Prozent) in ihrer Strategie oft populistisch, unter anderem mit national-chauvinistischen Begründungen gegen die Europäische Integration, den Euro als Währung oder für die Stärkung direktdemokratischer Elemente wie Volksbefragungen, insbesondere bei europapolitischen Themen, aber auch vielfältig mit rassistischen Überfremdungangst orientieren. Die Wahlerfolge von DVU und REP sind, wie Richard Stöss (2012) mit Blick auf die rechtsextremen Parteien insgesamt schreibt, „kurzfristig und unbeständig“. Gerade in der Tradition der REP folgen immer wieder populistisch agierende Parteien, die vor allem eine Agitation gegen die Europäische Integration mit einer nationalsoveränistischen Positionierung verbinden, wie der Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland (BfB-OfD), die Partei Rechtsstaatliche Offensive, die Pro DM-Partei oder die Alternative für Deutschland (AfD).

Die AfD erzielte erste Wahlerfolge im Jahr 2014 bei der Europawahl (7,1 Prozent) und zog in der Folge zunächst in Landtage ein, die über längere rechte Wahltraditionen (für DVU und NPD) verfügten, neben Ostdeutschland (Sachsen: 9,7 Prozent; Brandenburg: 12,2 Prozent und Thüringen: 10,6 Prozent) mit knappem Ergebnis dann auch im Stadtstaat Hamburg (2015: 6,1 Prozent), der mit der Partei Rechtsstaatliche Offensive auch über rechte Wahltraditionen verfügt. Neu war der Ansatz der AfD insofern nicht – allerdings waren die Gelegenheitsstrukturen für die AfD günstiger als noch für den BfB-OfD oder die Pro DM-Partei: Zum einen begann der medial durch eine ungewöhnlich wohlwollende und intensive Berichterstattung, insbesondere in TV-Talkshows zur Primetime (wie den Formaten von Anne Will oder Sandra Maischberger), begleitete Aufstieg der AfD in einer Phase, in der für die Ausrichtung der AfD günstige Wahlen (Europa, Landtagswahlen in Ostdeutschland) anstanden, bei denen es rechten Parteien generell leichter fällt, ihre Anhänger zu mobilisieren (Europawahl) bzw. bei denen die Zahl potenziell rechter Wähler/innen vergleichsweise hoch ist (Ostdeutschland – was auch die 20,8 Prozent für die AfD bei den Landtagswahlen 2016 in Mecklenburg-Vorpommern bestätigten); zum anderen befand sich die NPD durch die neuerliche Verbotsdiskussion und interne Macht- und Richtungskämpfe in einer parteiinternen Krise, die DVU war zerfallen, so dass dieses organisatorische Vakuum, das im

rechtsextremen Spektrum selbstverschuldet entstanden war und agitatorischen Raum gerade für eine migrations- und europafeindliche Partei hinterlassen hat, der AfD zugutekam. Außerdem fiel die europafeindliche Rhetorik der AfD zusammen mit einer (Finanz-)Krise der Europäischen Union, auf die die AfD zwar keine konsistenten Antworten zu bieten hatte, dies aber durch ihre Selbstinszenierung als Partei des Sachverständigen und der Wirtschaftskompetenz suggerierte. Es gibt aber, so David Bebnowski (2013: 158), keine „neutrale ökonomische Expertise“, keine „unideologische wirtschaftswissenschaftliche Wahrheit“. So basierte auch das programmatische Gerüst der AfD von Anfang an auf der Lüge der Ideologiefreiheit, setzte sich in der Gründungsphase tatsächlich aber zusammen aus sehr heterogenen Versatzstücken unterschiedlicher Denkschulen des Neoliberalismus und des Konservatismus, die nur dadurch miteinander verbunden sind, dass sie zum einen marktradikal und staatsfeindlich, zum anderen antiegalitär und antisozial sind. Die ideologische Grundposition der AfD war nicht nur neoliberal, sondern umfasste auch Elemente des Konservatismus, denn ihrem Marktradikalismus entsprach kein politischer Liberalismus. Während die Freiheit der Wirtschaft und die Freiheit zur Realisierung von Unternehmensprofiten radikal eingefordert wurde (bei gleichzeitiger, verschwörungstheoretische Züge annehmender Agitation gegen Banken und Staat), sollte die Freiheit des Individuums extrem eingeschränkt werden – dies zeigte sich beim Thema Migration ebenso wie bei der Ablehnung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder der Glorifizierung der traditionellen Familie (vgl. Bebnowski 2015; Häusler 2016; Häusler/Roeser 2015; Kemper 2013).

Zugleich kokettiert die Ideologie des wirtschaftswissenschaftlichen Expertentums auch mit der Idee der gelenkten und gesteuerten Demokratie, in der vermeintlich neutrale Experten Entscheidungen treffen – und nicht Mehrheiten. Dass diese Experten demokratisch nicht legitimiert sein können, macht die Argumentation der AfD, (direkt-)demokratische Legitimation erweitern zu wollen, zu einem Selbstwiderspruch: argumentativ schließt sie sich aus und zeigt damit, dass die AfD vor allem damit nicht einverstanden ist, dass ihre eigene, konservativ-marktradikale Position nicht hegemonial ist, unterstellend, dass diese der „wahren“ Wille des Volkes sei. Ideengeschichtlich fußt dieses Argument, in dem direkte Demokratie eingefordert wird, allerdings diejenigen, die sie einfordern, vorher schon zu wissen vorgeben, was denn das Ergebnis direktdemokratischer Beteiligung sein soll, auf Überlegungen von Carl Schmitt – dem wichtigsten Protagonisten der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik und einem der zentralen Vordenker des Nationalsozialismus. Schmitt (1923, 1932) hatte den Weimarer Parlamentarismus scharf kritisiert und zwei Motive gegen die repräsentative Demokratie in Stellung gebracht: Die Einforderung von mehr direktdemokratischen Momenten in Verbindung mit einer Person, die diesen „Volkswillen“ zu erspüren in der Lage sei, so dass das Volk gar nicht mehr abstimmen muss, weil sein Wille „erfüllt“ werden kann. Im Ergebnis ist ein solches Modell also nicht nur die Suspendierung von Partizipation, sondern auch die Installation einer mächtigen Führungsperson gegen die Demokratie (vgl. Salzborn 2015a: 53ff. Siehe auch Wildt 2017).

II. Erscheinungsformen

Infolge der Spaltung der AfD im Kontext ihres Parteitag im Juli 2015 setzte die neue AfD unter Führung von Frauke Petry auf offen rassistische Positionierungen und ließ den letzten Funken eines liberalen Anstrichs verfliegen (vgl. Häusler 2016/17). Vor dem Hintergrund der intensiven Debatten um die Zuwanderung von Flüchtlingen in der Bundesrepublik und einem allgemeinen Klima einer extrem gespaltenen Gesellschaft – einem weltoffenen Teil, der die Flüchtlinge unterstützt und sich gegen Rassismus engagiert, und einem zunehmend lautstarker werdenden Teil, der sich selbst rassistisch positioniert und Zuwanderung ablehnt – gelang es der AfD, den zunächst durch die Parteispaltung verlorenen Einfluss zurückzugewinnen und in Wahlerfolge (auch in Westdeutschland) umzusetzen:

„In der Anfangszeit bemühte sich die AfD-Führung um eine deutliche Abgrenzung zum verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus. Dies hat sich inzwischen geändert. Momentan, so der Gesamteindruck, steht die AfD auf der Schwelle zur ‚Nationalen Opposition‘. Es hat den Anschein, dass ein Großteil der Partei darauf drängt, einen Schritt weiter zu gehen.“ (Kopke/Lorenz 2016: 24)

Vor diesem Hintergrund die AfD mit dem inhaltsleeren Etikett des „Rechtspopulismus“ zu versehen, beschreibt zwar einen Teil ihrer politischen Strategie, verharmlost aber damit zugleich ihre politische Programmatik und ihre objektive gesellschaftliche Funktion als „Türöffnerin nach Rechts“ (vgl. Kurth/Salzborn 2014). Kai Arzheimer (2015: 17) hat auf Grundlage einer quantitativen und qualitativen Analyse insofern auch zurecht darauf hingewiesen, dass die AfD „is indeed located at the far-right end of Germany’s political spectrum because of its nationalism, its stance against state support for sexual diversity and gender mainstreaming, and its market liberalism.“ Und Sebastian Friedrich (2015: 101) spricht, die funktionale Rolle der AfD betonend, von einem „neokonservativen Hegemonieprojekt“, das die AfD verfolge und betont dabei besonders das „mediale Bündnis“ der AfD mit der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, aber auch mit rechtsextremen Internetblogs. Mit dem Bundestagswahlkampf im Jahr 2017 hat die AfD programmatisch und personell ihre Entwicklung zu einer rechtsextremen Partei abgeschlossen.

Seither geführte Diskussionen – etwa über Teile der Partei, die als dezidiert verfassungsfeindlich eingestuft werden oder über die Frage der Sinnhaftigkeit und/oder Notwendigkeit der Beobachtung der AfD oder Teile der Partei durch den Inlandsnachrichtendienst – täuschen darüber hinweg, dass die AfD sich *als Partei* längst rechtsextrem positioniert hat: Auch wenn es vielleicht noch Einzelfälle von Mitgliedern geben mag, die sich in ihrem Selbstbild nicht als rechtsextrem verstehen, ist der Transformationsprozess zu einer rechtsextremen Partei, den Kopke/Lorenz (2016) beschreiben, mittlerweile abgeschlossen. Jede Veränderung der Partei war in ihrer noch jungen Geschichte immer eine Radikalisierung nach rechts, so etwas wie einen „moderaten“ Flügel gibt es in der Partei schon lange nicht mehr. Die Differenzen in der AfD bestehen allein in Fragen über das Wie in der antidemokratischen und demokratiefeindlichen Haltung – und immer wieder neuen Kämpfen, wer die Partei dominiert, persönlichen Fehden, selbstverliebten, eitlen und

egoistischen Machtkämpfen, aber keinerlei substanziellen inhaltlichen Differenzen.

GG Art. 21

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

(3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

PartG § 1

(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.

(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

(3) Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder.

(4) Die Parteien verwenden ihre Mittel ausschließlich für die ihnen nach dem Grundgesetz und diesem Gesetz obliegenden Aufgaben.

Abb. 5: Verfassungsrechtliche Grundlagen für Parteien in der Bundesrepublik.

Quelle: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) und Gesetz über die politischen Parteien (PartG).

Die generell zu attestierende parteipolitische Unbeständigkeit in der bundesdeutschen Geschichte zeigt sich auch mit Blick auf die rechtsextremen Kleinstparteien, die in der Geschichte der Bundesrepublik den Parteienstatus ausschließlich als Deckmantel gebraucht haben, um offen neonazistische Positionen zu vertreten und entweder nie oder nur sporadisch oder ohne einen echten Wahlkampf und damit ohne die reale Absicht, parlamentarisch tätig zu werden, agiert haben. An besonders prominenter Stelle ist hier die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) zu nennen, die vor allem um ihren charismatischen, aber in der Szene auch wegen

II. Erscheinungsformen

seiner Homosexualität angefeindeten, Michael Kühnen agierte, der seit Mitte der 1980er Jahre die FAP maßgeblich beeinflusst und zahlreiche Kader des bundesdeutschen Rechtsextremismus, die heute noch an Schlüsselstellen agieren, geschult hat (vgl. Kniest 2000). Die FAP trat nicht nur weltanschaulich offen neonazistisch auf, sondern propagierte auch den am Vorbild der SA angelehnten Kampf auf der Straße und trat schon in den 1980er Jahren mit medienwirksam inszenierten Aktionen, vor allem im Bereich der Holocaust-Leugnung, in Erscheinung. Bis zu ihrem Verbot 1995 – nicht als Partei, sondern als Vereinigung: weil sie eben die gesetzlichen Kriterien, die an eine Partei angelegt werden, nie erfüllt hat und deshalb faktisch keine Partei war – agiert die FAP mit ihren Umfeld- und Vorfeldorganisationen als Kaderschmiede des bundesdeutschen Neonazismus; ihre ehemaligen Funktionäre sind heute noch in einem weiten Netzwerk des bundesdeutschen Rechtsextremismus aktiv, das von der NPD über die Kameradschaften, die Fußball- und Hooliganszene bis hinein in die Burschenschaften reicht.

Übungsaufgaben

- Erfüllen rechtsextreme Parteien – formal wie inhaltlich – die verfassungsrechtlichen Anforderungen, wie sie vom Grundgesetz und vom Parteiengesetz formuliert werden?
- Welche Faktoren spielen für die wechselhaften Auf- und Abstiege rechtsextremer Parteien eine Rolle? Berücksichtigen Sie interne und externe Aspekte.
- Diskutieren Sie Vor- und Nachteile von Parteienverboten als Instrument zur Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Literatur zur Einführung

Gideon Botsch: Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds, Wiesbaden 2017.
Alexander Häusler (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016.
Alexandra Kurth (Hg.): Die NPD. Fakten – Hintergründe – Kritik, Gießen 2011.
Richard Stöss: Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 563–618.

Weiterführende Literatur

Kai Arzheimer: Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002, Wiesbaden 2008.
Andrea Röpkel/Andreas Speit (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft?, Bonn 2009.
Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010.

5. Exkurs: Die rechtsextreme Parteienfamilie in Europa

In jüngerer Vergangenheit spielt neben der nationalen die europäische Dimension für das Agieren rechtsextremer Parteien eine zentrale Rolle, gerade auch mit Blick auf deren Austausch und Vernetzung. Aufgrund der historischen Genese der Parteien in Demokratien hat sich bereits seit gut zwei Jahrzehnten in der vergleichenden Parteienforschung die (nationale Grenzen übergreifende) Klassifizierung von

Stichwortverzeichnis

Die Angaben verweisen auf die Seitenzahlen des Buches.

- AfD (Alternative für Deutschland) 18, 42–44, 54, 55, 57, 96, 128, 142
- Antiamerikanismus 25, 26, 93, 116, 117
- Antiliberalismus 22
- Antisemitismus 15, 25, 26, 36, 42, 50, 72, 89, 90, 93, 94, 116
- Asylrecht 38, 80, 141, 143
- Aufklärung 22, 25, 93, 145, 146
- Autoritarismus 120, 122–126
- B&H (Blood & Honour) 48, 60, 61, 71
- BDM (Bund Deutscher Mädel) 59
- BfB-OfD (Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland) 42
- BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 35, 37, 39, 40
- BHJ (Bund Heimattreue Jugend) 60, 61
- Bildung 45, 65, 83, 133, 134, 144, 146–148, 150
- Bildungsarbeit 147
- Blaue Narzisse 85
- BNF (British National Front) 48, 49
- Brandanschlag 63, 129
- Burschenschaften 46, 82, 86, 124
- Cato 67
- Christentum 50
- Chrysí Avgí 54, 57
- Compact 67
- Criticón 77, 80, 81, 83, 84
- Demokratie 8, 15, 18, 22, 41, 43, 52, 58, 60, 73, 81, 87, 96, 108–112, 117–119, 126, 141–143, 147, 149
- Demonstration 66, 151
- Deprivation 126, 127, 132
- Desintegration 35, 127, 133, 136–139
- Deutsche Militärzeitschrift 67
- Deutsche Stimme 67, 97
- DF (Dansk Folkeparti) 49
- DKEG (Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes) 61
- DP (Deutsche Partei) 35, 39
- DVU (Deutsche Volksunion) 41
- Einstellungen 11, 19, 20, 41, 55, 69, 74, 76, 86–89, 91, 108, 116, 120, 125, 138, 139, 141, 144, 145, 149
- Elitismus 91
- Ethnopluralismus 22, 77–79
- Europa 9, 22, 24, 32–34, 42, 46–48, 51–54, 56, 57, 63, 67, 70, 73, 76, 84, 93, 94, 97, 109
- Extremismus der Mitte 114, 117, 119, 120, 138
- FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) 45, 62
- Faschismus 7, 13, 14, 54–57
- FDP (Freie Demokratische Partei) 37, 80
- FKBF (Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung) 83
- FN (Front National) 55, 111
- Fremskridtspartiet 50
- Fundamentalismus 47, 51
- Gehorsam 146
- Geschichtspolitik 26–28, 37, 47
- Geschlecht 120, 123–125
- Gewalt 7, 17, 19, 21, 34, 38, 58, 59, 61, 64, 65, 107, 110, 115, 122, 146
- GfP (Gesellschaft für freie Publizistik) 61
- Gleichheit 16, 22, 141
- Grundgesetz 45, 46, 58, 141
- Grundrechte 40, 143, 150
- Gruppe 122
- HDJ (Heimattreue Deutsche Jugend) 61
- Heimat 33, 124
- HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit – Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS) 59, 60
- HJ (Hitler-Jugend) 59
- HNG-Nachrichten 67
- Homophobie 36, 89
- Homosexualität 46, 50, 51, 124
- Huttenbriefe 97
- IB (Identitäre Bewegung) 85, 86

Stichwortverzeichnis

- Identität 22, 23, 28, 41, 49, 50, 53, 72, 79, 83, 97, 136
- Ideologie 21–24, 28, 31, 32, 36, 43, 51, 53, 64, 71, 76, 78, 79, 85, 87, 115, 116, 129, 149
- Individualisierung 84, 112, 133, 134, 136–139
- Individuum 22, 24, 27, 120–123, 125, 133, 134, 141, 148
- Internet 66, 67, 70, 74, 85, 87
- Jobbik 49, 52–54, 57
- Juden 25, 31, 49, 51, 55, 59, 65, 143
- Jugendarbeit 149, 150
- Junge Freiheit 44, 70, 80, 82, 83, 97
- Kampagne 36, 66, 93
- Kindergarten 147
- Konservatismus 10, 13, 43, 47, 80–83
- Krieg 72, 83, 84
- Kultur 25, 34–36, 50, 60, 78, 114, 116, 117, 119, 120, 122, 138
- Kulturelle Hegemonie 78
- Liberalismus 25, 43, 52
- Linksextremismus 16, 108, 112
- LN (Lega Nord per l'Indipendenza della Padania) 53
- LPR (Liga Polskich Rodzin) 51
- Macht 16, 27, 33, 42, 73, 76, 98, 110, 122, 137, 142, 147
- Meinungsfreiheit 117, 143
- Menschenrechte 22, 23, 141
- Metapolitik 76–78, 82, 84
- Migration 24, 43, 49, 96
- Militarismus 20
- Minderheit 17
- Mittelschicht 127
- Moderne 8, 25, 75, 105
- Modernisierung 133, 136, 137, 139
- Mündigkeit 146
- Musik 60, 66, 71, 74, 78, 141, 148
- Böhse Onkelz 73
- Frei.Wild 73, 74
- Nation 31–33, 48, 52, 67, 73, 79, 122, 145
- National-Zeitung 41, 67, 70
- Nationalsozialismus 7–9, 13–16, 18, 22, 32, 36, 39, 40, 42, 43, 47, 49–51, 54, 56, 59, 61, 71, 78–80, 89–91, 99, 106, 109, 110, 115, 116, 118–120, 146
- Neofaschismus 11, 13–15
- Neonazismus 7, 11, 13–15, 33, 40, 41, 46, 58, 59, 61, 62, 65, 130
- Neue Rechte 40, 75–79, 81, 82, 85, 86
- Nouvelle Droite 22, 76–78, 94
- NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) 15, 34, 35, 37, 40–42, 46, 53–55, 57, 58, 62, 64, 74, 75, 77, 78, 93, 97, 98, 106, 107, 124, 127, 129, 130, 142
- NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) 14, 40, 41, 59, 61, 131
- NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) 64, 65, 131, 144, 150
- ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) 59, 60
- OdR (Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes) 59, 60
- Parlament/arismus 8, 33, 43, 45, 49, 93
- Partei Rechtsstaatliche Offensive 42
- Pathologie 104, 107, 108, 114
- PNR (Partido Nacional Renovador) 53, 57
- Politically Incorrect 93
- Politische Kultur 117
- Polizei 146, 149–151
- Positivismustreit 101
- Presse 66
- Preußische Allgemeine Zeitung 67, 70
- Pro DM-Partei 42
- Pro-NRW 93
- Protest 19, 95, 126, 131, 132, 151
- Rassismus 42, 44, 54, 72, 87, 89, 93, 107
- Rechtsextremismus 7–28, 31, 34–38, 41, 46, 55, 57–62, 64–67, 70, 71, 74–82, 84–89, 91–95, 99, 101–105, 107, 108, 113–117, 119–121, 123–132, 134, 136–139, 141, 143–152
- Rechtspopulismus 11, 13, 17, 18, 44
- Rechtsradikalismus 11, 13–16, 104
- Rechtsterrorismus 7, 8, 34, 37, 58, 65, 144

- Regionalismus 33
Reichsbürger 98
Religion 50, 67, 84, 93, 110
REP (Republikaner) 34, 41
RN (Rassemblement National) 55, 111
Schuldabwehr 90, 91, 116
Schule 63, 121, 128, 134, 135, 146, 147, 149
– Schulhof-CD 74
SD (Sverigedemokraterna) 49
Sexismus 72, 89
Sezession 67, 83–85, 94, 97
Shoah 14, 25, 36, 39, 60, 90, 115
Sozialisation 88, 120, 121, 124, 125, 134, 136–138, 145
Sozialpolitik 48, 91
Sozialwissenschaften 9, 13, 101, 102, 104
Sprengstoffanschlag 63
SRP (Sozialistische Reichspartei) 14, 36, 39, 40, 59–62, 142
Stalinismus 110
Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte 59, 60
Straftaten 64, 71, 151
Strategie 17, 42, 44, 64, 69, 74, 76–78, 80, 85
Täter-Opfer-Umkehr 25
Thule-Netz 68–70
Totalitarismus 108–110, 113
Tradition 15, 22, 42, 50–52, 54, 55, 72, 82, 114, 115, 119
UKIP (UK Independence Party) 49, 56, 57
Ungleichheit 16, 21–24, 28, 78, 79, 115
V-Leute 145
VB (Vlaams Belang) 53, 55, 57
Verfassung 51, 52, 117, 141, 142
– Verfassungsschutz 67, 81, 143, 144
– Verfassungsstaat 110, 111
Verhalten 19, 20, 45, 86, 87, 91, 121, 134, 148, 150
Verschwörung(sphantasia) 27, 51, 93, 95–99
Vertriebenenverbände 10, 27, 38, 82, 86
Volk 17, 23, 24, 32, 43, 45, 48, 122, 144
– Volksgemeinschaft 18, 23, 31, 55, 117
– Volksverhetzung 142
(völkische) Siedler 98
VRBHV (Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten) 60, 61
Waffen-SS 32, 40, 60
Wahlen 35, 42, 45, 49, 61, 127
Wehrsportgruppe Hoffmann 63
Weimarer Methodenstreit 101
Weltanschauung 9, 11, 16, 19, 35, 58, 67, 79, 82, 85, 87, 89, 118
Werturteilsdiskussion 101
WJ (Wiking Jugend) 61–63
WSG (Wehrsportgruppe Hoffmann) 63
ZFI (Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt) 60, 61
Zuwanderung 24, 44, 48–50, 53, 55, 83, 85, 93, 96